

Die Hausfrauentagung.

Wien, 16. Oktober.

Unter sehr lebhafter Beteiligung wurden gestern im Festsaale des Gewerbevereines die Verhandlungen der Delegiertenkonferenz der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs fortgesetzt.

Die Vorsitzende, Frau Helene Granitsch, wies in ihrer Eröffnungsansprache auf die Schwierigkeiten hin, die sich mit jedem Tage der Weiterführung einer geordneten Privatwirtschaft entgegenstellen. Namentlich sind es die Städte, die unter dem Rückgange der Gütererzeugung und den Erschwernissen der Lebensmittelverteilung leiden. Profitgier und Habgier entwickeln sich auf dem günstigen Boden der Kriegskonjunktur ins Grenzenlose und untergraben den wirtschaftlichen Bestand des Bürgertums. Der Privathaushalt des Mittelstandes, dem die Vorteile der leichten Selbstaussgabe bei der Beschaffung der Lebensmittel mangeln und der auch nicht der Wohlfahrtsmaßnahmen teilhaftig wird, die der organisierten Arbeiterschaft durch die Vorzüge der Gemeinschaftsküchen gewährt werden, ist heute kaum mehr aufrechtzuerhalten. In der Erkenntnis der bedrohlichen Lage des mittelständischen Bürgertums treten heute die Frauen aus den verschiedenen Teilen des Reiches zusammen, um gemeinsam die Maßregeln zu beraten, die zur Erleichterung ihres schmeren wirtschaftlichen Kampfes als unumgänglich notwendig erkannt werden.

Die Berichte der Referentinnen.

Die erste Referentin, Frau Marie Hoffmann (Salzburg), wandte sich in aller Schärfe gegen alle Versuche einer Umgehung der behördlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Approvisionnement, da hieraus schwere Schäden für die Allgemeinheit erwachsen. Sie appellierte an die Frauen, die Selbstdisziplin zu wahren, und verlangte strenge Ahndung jeder Vorratsverheimlichung nicht allein durch Geld, sondern auch durch Freiheitsstrafen.

Frau Professor Virginia Brunner (Zürich) verlangte Maßnahmen gegen die Verbreitung von Schundware auf dem Gebiete der Surrogatmittel. Auf ihren Antrag wurde eine diesbezügliche Resolution beschlossen.

Die Präsidentin, Frau Helene Granitsch, teilte mit, daß der Handels- und Industrieverein sich an die Reichsorganisation gewendet habe mit der Bitte um Unterstützung einer Ausstellung der Ersatzmittel, in welcher das Gute und das Wertvolle geschildert werden soll. Die Ausstellung sei als eine Wanderausstellung gedacht.

Frau Hofrat Kunzler (Graz) besprach die Approvisionsverhältnisse in Graz, die noch erfolgter Beteiligung einiger Mißstände im allgemeinen leidlich seien. Fleisch, jagte sie, gibt es bei uns genügend. Es ist zwar teuer, 7 K. das Kilogramm. (Schallende Heiterkeit. Rufe: Das ist teuer?) Wir in der Provinz sind an billige Preise gewöhnt.

Dagegen berichtete Frau Olga Mayer (Wödling) die Verhältnisse in den Städten um Wien als sehr ungünstig, da die geringe Produktion Wien zuzufleße.

Frau Wacht (Brinn) erklärte sich gegen die Ausfuhrverbote aus den einzelnen Bezirkshauptmannschaften, weil dadurch die Städte benachteiligt werden. Die Absperrung der Städte wäre nur dann zulässig, wenn damit gleichzeitig die Requisition in den großen Bauernwirtschaften durchgeführt wird. Rednerin verlangte auch die Zuziehung der Hausfrauen zur Marktinsicht.

Frau Ernestine Laussig (Graz) trat für die Einführung der Milchkarte ein und beauftragte die Herstellung des Brotgebäcks in den einzelnen Haushaltungen.

Frau Schulrat Schwarz (Mährisch-Odrau) berichtete über die Verhältnisse im dortigen Industriegebiete, welche durch die Organisation der Arbeiterschaft und der von der Gemeinde

getroffenen Maßnahmen als durchwegs günstig bezeichnet werden müssen. Lebensmittel seien in genügender Menge vorhanden und unter dem Höchstpreise erhältlich. Auch dort koste das Fleisch 7 K. das Kilogramm. Eine Aufhebung des Ausfuhrverbotes aus Galizien würde noch ein weiteres Sinken der Preise im Gefolge haben.

Zum Schluß berichtete Frau Freund-Marcus, Präsidentin der „Rohö“, über die Approvisionsverhältnisse Wiens.

Die Resolution.

Die Vorsitzende Frau Granitsch konstatierte, daß die erstatteten Referate ein interessantes Bild über die Verhältnisse im ganzen Reiche geboten haben. Es habe sich gezeigt, daß die Zustände in den einzelnen Teilen oft ganz verschiedenartig seien und es gelte nun, die entsprechenden Maßnahmen für die Verbesserung und für die Vereinheitlichung in Vorschlag zu bringen. Sie beantragte folgende Resolution:

Die vom 14. bis 18. Oktober in Wien tagende Allgemeine österreichische Hausfrauenkonferenz, veranstaltet von der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, Zentrale Wien und alle Ortsgruppen, erklärt als strengste Forderung des beginnenden dritten Kriegswinters die staatliche Zwangsorganisation der gesamten Produktion und des Handels, da nur darin die Gewähr gegeben ist für eine entsprechende Gütererzeugung und gerechte Güterverteilung. Durch diese radikale Maßnahme wird es möglich sein den Abbau der Preise einzuleiten, ohne die Gefahren der Marktent-

blösung herbeizuführen. Gleichzeitig wird die obligatorische Einheitsküche für die Städte gefordert. Auch im Hinblick auf die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen beim Uebergang vom Kriege zum Frieden erscheint diese weitreichende Maßregel als eine dringende Notwendigkeit. Die Schaffung eines gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ernährungsministeriums, das in einheitlicher Weise die wichtigsten Approvisionierungsmaßnahmen des vereinigten Wirtschaftsgebietes der Monarchie im Einvernehmen mit dem deutschen Ernährungsamt regelt, wird dringend gefordert. Die Zuziehung der Frauen zur Beratung und Durchführung aller wirtschaftlichen Maßnahmen erscheint im Interesse der Gesamtheit unerlässlich. Zum Zwecke der Unterstützung der kommunalen Approvisionierungsarbeiten fördern die Vertreterinnen der „Rohö“ aus allen Kronländern die Zuweisung von Lebensmitteln in einheitlicher Form an ihre Leitungen, durch welche diese in gerechter und rationaler Weise an die Mitglieder verteilt werden. Die Leitungen der „Rohö“ werden allerorts bestrebt sein, durch Aufklärungsarbeit und wirtschaftliche Unterstützung die korrekte Durchführung der notwendigen Regierungsmaßnahmen zu unterstützen und die gebotene Kriegssparlichkeit bei rationeller Verwertung in Haus und Küche einzuführen.

Reichsratsabgeordneter Friedmann führte aus: Ob das neu geschaffene Ernährungsamt, ohne Exekutive, ohne Verfügungsrecht und ohne Kompetenz, den hieran geknüpften Erwartungen entsprechen werde, sei zweifelhaft. Höchstpreise ohne Beschlagnahme hätten keinen Wert. Schließlich betonte Redner die Gemeinsamkeit der Ernährungsfrage für Oesterreich und Ungarn.

Frau Freund-Marcus beauftragte die Annahme der Resolution durch eingehende Begründung. Die Zwangsorganisation in Produktion und Handel sei gegenwärtig eine Notwendigkeit, damit mehr und besser produziert werde und damit die Erzeugnisse ohne Konkurrenz durch freies Angebot und Nachfrage verteilt werden. Es sprachen noch Regierungsrat Fries im Namen der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, Dr. Bleyer und Frau Hoffmann, worauf die Resolution angenommen wurde.

Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden.

Anlässlich der Delegiertenkonferenz fand gestern abend im Festsaale des Gewerbevereines eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher der Approvisionierungsreferent der Handelspolitischen Kommission, Stammersekretär Dr. Ziegler, über das Thema „Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden“ einen Vortrag hielt. Redner gab einen Ueberblick der Konsumentenpolitik vor dem Kriege, die in der Agitation für die Aufhebung der Getreidezölle, für die Ermöglichung der Einfuhr überseeischer Gefrierfleischs und für die Aufhebung der Grenzsperrung für Vieh gegen den Balkan ihren Ausdruck fand. Als zu Beginn des Krieges infolge der Absperrung der Zentralmächte, die stets auf Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande angewiesen waren, das Angebot der gewohnten Anfrage nicht Genüge leisten konnte, setzte sofort eine energische Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel ein. Infolge des Ueberwachens der Vertreter der Produzentenpolitik, insbesondere im Agrarstaate Ungarn, wurde die Aufhebung der Lebensmittelzölle, insbesondere der Getreidezölle, erst in einem Zeitpunkte durchgesetzt, als sie keine großen Wirkungen mehr äußern konnte. Das weitere Steigen der Preise und der spekulative Aufkauf von Lebensmitteln veranlaßte den Staat zu Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten, wie die Bestimmungen über Preisstreberei, Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel und die Monopolisierung des Getreideverkehrs, in der richtigen Erkenntnis, daß bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Volk und Volksheer die militärischen Erfolge durch die Zufriedenheit im Hinterlande gesüßt werden müssen. Eine zweckmäßige Konsumentenpolitik muß sich nach drei Richtungen äußern: Möglichste Steigerung der Produktion, Einflußnahme auf die Preisbildung und endlich gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel. Redner zeigte an einer Reihe von Bestimmungen, daß sie zwar dem momentanen Bedarf, nicht aber der künftigen und bleibenden Produktionsmöglichkeit Rechnung tragen. Er besprach ferner die Ursachen des Versagens der meisten Höchstpreisbestimmungen, die nicht im Prinzip der Höchstpreise an sich, sondern in der unrichtigen Art und Weise der Erstellung zu suchen sind, wie Abbau der Festhöchstpreise ohne gleichzeitige Preisbeschränkung für lebende Schweine, Höchstpreise für Getreide ohne gleichzeitige Feststellung von Futtermittelhöchstpreisen.

Die gerechten Verteilungsmaßnahmen werden oft durch länderweise Bezirksabgrenzungen gestört. Ungenügende Beteiligung der Lebensmittelgeschäfte, teilweise Nichthonorierung der Ausweiskarten — wohl durch vorübergehende Transport Schwierigkeiten veranlaßt — haben gerade in jüngster Zeit die Bevölkerung beunruhigt, was seinen Ausdruck fand in dem Anstehen vor den Lebensmittelgeschäften, einer sanitär-hygienisch und ökonomisch gleich beklagenswerten Erscheinung. Von den dagegen gemachten Vorschlägen ist wohl der zweckmäßigste die Rayonierung oder richtiger die Anlegung von Kundentypen, weil nur diese die rechtzeitige und genügende Bedienung der Lebensmittelgeschäfte, eventuell eine gleichmäßige Kürzung aller Kunden ermöglicht: die sogenannte bewegliche Ration. Redner forderte die Zentralisierung der Organisation, aber möglichste Dezentralisierung der Detailabgabe von Lebensmitteln und direkte Beteiligung der Detailgeschäfte durch die Zentralorganisationen. Die größte Ökonomie an Lebensmitteln und auch an Zeit werde

jedoch durch die Spezialisierung der Küchenwirtschaft, durch die Gründung und Ausgestaltung der Kriegsküchen, erzielt werden können. Die maßgebenden Faktoren müssen sich rechtzeitig mit dieser Frage beschäftigen. Schließlich begrüßte Redner die Zentralisierung des Volksernährungsproblems in dem österreichischen Ernährungsamt und sprach die Hoffnung aus, daß es diesem gelingen werde, mit dem ungarischen Ernährungsamt zusammen eine gleichmäßige Bewirtschaftung beider Reichshälften unter Zugrundelegung gleichmäßiger Rationierung zu erreichen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.